

Wahlprogramm der Grünen: Pessimismus, Blockade und Ausstieg

Mit diesen Leuten will die SPD zusammenarbeiten

Bis zum 10. Juli hat es gedauert, ehe das Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl 1987 gedruckt vorgelegen hat. Dieses Programm ist Ausdruck der apokalyptischen Untergangsstimmung, die die Grünen seit ihrem Bestehen zu verbreiten versuchen, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn. Es ist gespickt mit kulturpessimistischen Horrorgemälden und angsterfüllten Phrasen über das Ende der Menschheit. Die Grünen unternehmen nicht einmal den Versuch, den Menschen positive Perspektiven aufzuzeigen, ihnen Hoffnung zu geben und einen Weg in eine bessere Zukunft zu weisen. Ihr Wahlprogramm ist ein Programm des Pessimismus, der Blockade und des Ausstiegs.

Es ist aber zugleich Teil einer gewieften Koalitionsstrategie der Grünen, durch die die Zusammenarbeit mit der SPD vorbereitet und gleichzeitig der fundamentalistische Teil der Grünen zufrieden gestellt

HEUTE LESEN SIE:

- **PARTEIFINANZEN**
Bundesverfassungsgericht bestätigt Neuordnung. Seite 13
- **WAHLRECHT**
Auch Deutsche im Ausland sollen wählen können. Seite 15
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Helfen Sie mit, die Erfolge der Regierung Helmut Kohl weiterzusagen. Am besten eignet sich dazu die neueste Zeitung „CDU extra“, informativ und preiswert. Seite 19
- **MAUER**
Am 13. August jährt es sich zum 25. Mal, daß die Berliner Schandmauer durch die Machthaber in Ost-Berlin errichtet wurde. Nachdem wir in UiD 21/86 schon Aktionsvorschläge gemacht haben, bietet die Bundesgeschäftsstelle noch zusätzlich eine Wandzeitung und ein Flugblatt für örtliche Aktionen an. Siehe auch Dokumentation mit Pressezitaten im grünen Teil dieser Ausgabe.

13. August 1961 – 13. August 1986:

25 Jahre Mauerbau



werden soll. Im Wahlprogramm werden fundamentalistische Radikalpositionen festgeschrieben, die von einem zunehmend größer werdenden Teil der SPD inhaltlich geteilt werden.

Die politische Bedeutung der Grünen resultiert ausschließlich und allein daher, daß die Sozialdemokraten bereit sind — wie sie in Hessen und Niedersachsen beweisen —, mit den Grünen zusammenzugehen und dadurch deren Ziele realisierbar zu machen.

Das Wahlprogramm der Grünen entspringt der Erfahrung, daß der Teil der SPD, der in einer Zusammenarbeit mit den Grünen die Zukunft der SPD sieht, innerhalb der Partei eine immer größere Bedeutung gewinnt. In den meisten Bezirken der SPD hat diese Gruppierung bereits eine Mehrheit.

Auch Raus scheinbar klare Absage an die Grünen ist gegen diese Entwicklung der SPD keine Garantie. In Wahrheit sind die Grünen auch bei Rau schon heute der Joker im Ärmel. Er rechnete kürzlich vor, daß der SPD in Niedersachsen nur ein Sitz zum Sieg gefehlt habe. Diese Rechnung geht nur auf, wenn er die grünen Sitze der SPD zurechnet.

Das Wahlprogramm der Grünen macht deutlich, mit welcher Partei die SPD gemeinsame Sache machen will. Die Politik der Grünen bedeutet das Ende der Bundesrepublik Deutschland als führende Industrienation und das Ende unseres inneren und äußeren Friedens:

■ Die Grünen wollen eine Abkoppelung unserer Wirtschaft vom Export, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, drastische Steuererhöhungen und das Verbot ganzer Industriezweige. Allein der Ausstieg aus der Exportwirtschaft würde uns acht Millionen Arbeitslose bescheren. Das grüne Programm ist ein Programm gegen die Arbeitnehmer, gegen die Steuerzahler und gegen den Wohlstand.

■ Die Grünen fordern den Ausstieg aus der Atomenergie in der Bundesrepublik, aber sie sind gegen den Ausstieg aus der Atomenergie in der Sowjetunion. So hat ihr Parteitag beschlossen, und so ist ihre Politik. Bei den Grünen stehen nicht die Interessen der deutschen Bevölkerung im Vordergrund, sondern das ideologische Hofieren des real existierenden Sozialismus, für den — wie Tschernobyl und Afghanistan beweisen — Menschenleben nicht viel wert sind.

■ Die Grünen wollen raus aus der NATO und rücken damit an die Sowjetunion heran. Sie wollen einseitige Abrüstung — ohne Gegenleistungen der anderen Seite. Das grüne Programm ist ein Programm zur Gefährdung der Freiheit und des Friedens und deswegen ein Verrat an deutschen Interessen.

■ Die Grünen wollen die „Abrüstung“ bzw. Abschaffung der Polizei, der Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes und der Gesetze gegen den Terrorismus. Entgegen allen Dementis steht fest, daß auf dem Parteitag Delegierte gejubelt haben, als von über 100 verletzten Polizisten in Wackersdorf berichtet wurde. Das grüne Programm ist ein Programm zur Abschaffung des Rechtsstaates und des inneren Friedens.

■ Die Grünen wollen die ersatzlose Abschaffung des § 218 und damit die Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt. Es ist im höchsten Maße unglaubwürdig, wenn dieselben Leute, die vorgeblich jede Gewaltanwendung zwischen den Staaten ablehnen, die Gewaltanwendung gegen die schwächste Form des menschlichen Lebens, nämlich das ungeborene, rechtfertigen. Das grüne Programm ist ein Programm gegen die Ungeborenen und gegen das Leben.

■ Die Grünen wollen die Wiedervereinigung Deutschlands als Ziel aufgeben. Sie verzichten damit auf die deutsche Einheit

und die freie Selbstbestimmung des deutschen Volkes.

Das Wahlprogramm der Grünen belegt: Die Grünen sind eine Partei des Rückschrittes, sie sind eine Partei mit elitärer Moral ohne Rücksicht auf die Interessen der deutschen Bevölkerung.

Die Sozialdemokraten stehen mit dieser Partei in einem Lager. Denn nur mit Hilfe der Grünen könnte der Kandidat Rau, wenn überhaupt, Kanzler werden. Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz ist völlig klar, daß die Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl mit den Grünen zusammengehen würden, genauso wie sie es in Hessen gemacht haben und wie sie es in Niedersachsen gemacht hätten, wenn nicht die Mehrheit der Bevölkerung dort diesem taktischen Kalkül der SPD einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte.

Zitate aus dem Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl 1987

„Demokratie und Recht“

„Aktives und passives Wahlrecht für niedergelassene Einwanderer und Flüchtlinge auf allen Ebenen.“ (S. 6)

„Uneingeschränktes Recht auf Asyl ... Abschaffung des geltenden Asylverfahrensgesetzes, damit der Rechtsweg für Flüchtlinge nicht eingeschränkt wird und die Intention des Grundrechtes wieder zum Tragen kommt. ... Flüchtlinge dürfen nicht mehr in Lagern untergebracht werden ...“ (S. 7)

„Uneingeschränktes Adoptions- und Sorgerecht für schwule Väter und lesbische Mütter.“ (S. 8)

„DIE GRÜNEN wollen keinen gläsernen Menschen, sie wollen den gläsernen Staat.“ (S. 9)

„Unsere Solidarität gilt denen, deren Verweigerung und Widerstand die Regierungen und ihre Parlamentsmehrheiten so fürchten.“ (S. 9)

„Wir streben an: — die Verhinderung des Pakets der sogenannten Sicherheitsgesetze bzw. die Aufhebung der bereits verabschiedeten Gesetze;

— Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten (Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz);

— Abbau der Personalstärken der Polizeien des Bundes und der Länder;

— Beschränkung des Aufgabenbereiches und der Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA);

— Abrüstung der Polizei, ...

— Auflösung der existierenden Verfassungsschutzämter ...“ (S. 9)

„DIE GRÜNEN fordern als Einstieg in eine andere, eine gewaltfreie Kriminalpolitik: ... — Entkriminalisierung von Bagatelldelikten ...

— Streichung der Anti-Terror-Gesetze (§§ 129, 129 a Strafgesetzbuch); ...

— Auflösung aller Sonderhaftbedingungen und -bereiche (z.B. Hochsicherheitsstrakte); ...“ (S. 9 f.)

„Frauenprogramm — Wir wollen alles!“

„Quotierung aller Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze, d.h. bevorzugte Einstellung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen bis mindestens eine 50 %-Quote in den Bereichen, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind, erreicht ist.“ (S. 12)

„Verbot von Job-sharing, Kapovaz (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) und Heimarbeit.“ (S. 12)

„Sozialversicherungspflicht von Teilzeitarbeit ab der ersten Arbeitsstunde.“ (S. 13)

„Vergabe von mindestens 50 % aller Ausbildungsstellen an Frauen oder Mädchen.“ (S. 13)

„Die Wahlfreiheit der Lebensform. Alle Lebensformen sind schützenswert, nicht nur Ehe und Familie.“ (S. 14)

„Die Abschaffung des Ehegatten-Splittings, ... Steuer- und Sozialrecht müssen gegenüber allen Formen des Zusammenlebens neutral sein.“ (S. 14)

„Weg mit dem § 218“ ... **„Erst wenn der § 218 ersatzlos gestrichen ist, können Frauen sich freier für oder gegen ein Kind entscheiden, ist ihr Selbstbestimmungsrecht in der Frage einer zunächst ungewollten Schwangerschaft gewährleistet.“** (S. 16) ... „Ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219 StGB. ... Abschaffung der Stiftung Mutter und Kind und ähnlicher Pseudohilfen. ... Freie Wahl der Abbruchmethode, objektive Darstellung aller Methoden. ... Ambulanter Abbruch in allen Kliniken und Praxen. ... Einrichtung von Ambulatorien wie das Bremer Modell von Pro-Familia.“ (S. 16 f.)

„Internationalismus“

„Über den Zwischenschritt eines Schuldenmoratoriums muß es zu einer umfassenden Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer kommen.“ (S. 20)

„Einseitig abrüsten – Wir machen den ersten Schritt“

„Ein einseitiger, bedingungsloser Verzicht der Bundesrepublik auf neue Waffengenerationen und einseitiger Abbau bestehender Rüstungspotentiale kann einen Einstieg in eine mehrseitige Abrüstungsdynamik bewirken. Die Bundesrepublik kann und muß solche ersten Abrüstungsschritte durchführen, ... weil einseitige Abrüstung die konsequenteste Politik

gegen den offensiven Kurs der NATO ist. Sie reduziert die Mittel und durchkreuzt damit auch die Option, Kriege zu führen:...

— weil einseitige Abrüstungsschritte und eine konsequente Politik militärischer Nichtbedrohung und ideologischer Abrüstung die wirksamsten vertrauensbildenden Maßnahmen sind.“ (S. 25)

„Sofortiger und bedingungsloser Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise Missiles.“ (S. 26)

„Reale Kürzung des Rüstungshaushaltes um 35 %. DIE GRÜNEN sind grundsätzlich für die Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Verhinderung jeglicher weiteren Aufrüstung, ... Das bedeutet weiterhin eine drastische Reduzierung des Personalbestandes der Bundeswehr sowie die drastische Reduzierung der Mittel für Manöver und sonstige Übungen.“ (S. 26)

„Keine bundesdeutsche Beteiligung an SDI, EVI und EUREKA.“ (S. 26)

„Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen... Beseitigung der chemischen Waffen. ... Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik. Das NATO-Truppenstatut nebst Zusatzabkommen wird gekündigt. Gleichzeitig werden die NATO-Staaten aufgefordert, ihre Streitkräfte aus der Bundesrepublik abzuziehen. Der Truppenvertrag mit Frankreich wird ebenfalls, mit den gleichen Folgen, gekündigt. Insbesondere durch den Abzug der US-Streitkräfte kann ein wirksamer Beitrag dazu geleistet werden, die vom Territorium der Bundesrepublik ausgehende Bedrohung der Staaten der Warschauer Vertragsorganisation beträchtlich zu verringern.“ (S. 27)

„Drastische Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit und Verwirklichung des Grundrechtes der Kriegsdienstverweige-

rer aus Gewissensgründen ... Totalverweigerer aus Gewissensgründen werden von der Dienstpflicht befreit.“ (S. 27 f.)

„DIE GRÜNEN fordern die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen und Gesetze, die bereits in sogenannten Friedens-Zeiten die Führung eines Krieges vorbereiten bzw. fördern. Dazu gehören: Zivilschutzgesetz, erweitertes Katastrophenschutzgesetz, die gesamte Notstandsgesetzgebung ... und auch die neuen Sicherheitsgesetze.“ (S. 28)

„Es geht auch nicht um eine gleichgewichtsorientierte und parallelverlaufende Blocküberwindung, sondern um eine Politik der ersten Schritte einseitiger Abrüstung. ... Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist nicht reformierbar.“ (S. 29 f.)

„Eine Politik einseitiger Abrüstungsschritte in der Bundesrepublik wird bei einem endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche und Wieder- oder Neuvereinigungs-Optionen nicht ohne Rückwirkung auf die Warschauer-Pakt-Staaten bleiben, denn diese Staaten könnten somit ihre Handlungsspielräume gegenüber ihrer Blockvormacht erweitern. Der Existenz zweier deutscher Staaten tragen wir durch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einerseits und die Selbstanerkennung der Bundesrepublik andererseits Rechnung. Selbstanerkennung der Bundesrepublik heißt, den Selbstbetrug gesamtdeutscher Identität zu beenden und die Herausbildung einer unabhängigen demokratischen Identität voranzutreiben. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR bedeutet die unzweideutige Aufgabe aller territorialen und staatlichen Alleinvertretungsansprüche der Bundesrepublik.“ (S. 30)

„Ökologie, Wirtschaft, Soziales“

„Stilllegung aller Atomkraftwerke nach dem Vorbild des Atomsperrgesetzes der Bundestagsfraktion der GRÜNEN.“ (S. 35)

„Die sofortige Einführung eines Tempolimits: auf Autobahnen 100 km/h, auf Landstraßen 80 km/h und 30 km/h innerörtlich, Katalysator für alle Neuwagen, Abgasentgiftung für alle alten Fahrzeuge.“ (S. 35)

„Die Schließung aller Müllverbrennungsanlagen und keine Neugenehmigungen.“ (S. 35)

„Stopp des Fernstraßenbaus“ (S. 35)

„Ökologische Steuern und Abgaben... eine ökologisch differenzierte Mehrwertsteuer ...“ (S. 36)

„Wir meinen, die Stilllegung aller Atomkraftwerke ist bereits im Sofortprogramm zu verwirklichen ... Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht zu einem Anwachsen der Emissionen führen.“ (S. 37)

„Wir sind für den Vorrang der öffentlichen Verkehrssysteme.“ (S. 38)

„Der Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesfernstraßen wird eingestellt, Erhöhung der Mineralölsteuer um 50 Pfennige (Preisstand: Mai 1986) ...“ (S. 39)

„Grüne Chemiewirtschaft hat das Ziel: ... besonders problematische Produktionslinien abzuschalten und umzubauen.“ (S. 39)

„DIE GRÜNEN halten ein allgemeines gesetzliches Aussperrungsverbot für notwendig ... DIE GRÜNEN treten für die Zulässigkeit politischer Streiks ein.“ (S. 42)

„DIE GRÜNEN unterstützen die Forderung der Stahlarbeiter nach einer Verge-

sellschaftung der Stahlindustrie ...“
(S. 44)

„Wir streben eine partielle Abkoppelung von Weltmarktzwängen an:

— die stärkere Orientierung der Produktion am regionalen Bedarf ...

— eine Abkehr von der staatlich unterstützten Exportorientierung der Industrie ...

— falls zur Absicherung der ökologischen Umgestaltung notwendig: auch die Kontrolle von Kapitalbewegungen.“
(S. 44)

„Im Rahmen eines Sofortprogramms zur Beseitigung der Altersarmut werden bei allen Personen, die die gesetzliche Altersgrenze erreicht haben, die Einkommen auf einen Betrag von 1200,— DM pro Monat, bei Ehepaaren von 2400,— DM aufgestockt.“ (S. 48)

„DIE GRÜNEN schlagen eine Reform der Sozialhilfe hin zu einer Einkommensgrundsicherung vor ... das Niveau der Grundsicherung wird einheitlich auf 1200 DM festgesetzt. Leistungen wie Wohngeld sind nicht anrechenbar. Das Einkommen der Eltern oder der erwachsenen Kinder soll im Gegensatz zur jetzigen Sozialhilfe nicht mehr berücksichtigt werden ... Die Zahlung von Grundsicherungseinkommen soll nicht an einen Arbeitszwang (Hilfe zur Arbeit) gebunden werden.“ (S. 48)

„Einführung einer Quellenbesteuerung auf Besitz- und Vermögenseinkommen ... Einkommen aus Geld- und Kapitaleinlagen muß massiv besteuert werden.“
(S. 49)

„Produktionsmittel und Banken sollen daher in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums überführt werden.“ (S. 50)

OECD: Lob für die Bundesregierung

Der neueste Deutschlandbericht der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) stellt der Bundesrepublik Deutschland erneut ein sehr gutes Zeugnis aus: Für 1986 wird weiter ein Wachstum von dreieinhalb Prozent unterstellt. Für 1987 wird von einem anhaltenden Wirtschaftswachstum von drei Prozent ausgegangen.

Für fast noch wichtiger hält es die OECD, daß die deutsche Wirtschaft in eine Phase eintritt, in der sich jetzt die Anstrengungen in der Wirtschaftspolitik auch sichtbar in einer niedrigeren Arbeitslosigkeit niederschlagen werden. So wird mit einem verstärkten Rückgang der Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent (1985) über 7,9 Prozent (1986) auf 7,3 Prozent bis 1987 gerechnet. Der Aufschwung geht also nicht am Arbeitsmarkt vorbei, aller-

dings folgt die Entlastung erst mit einer zeitlichen Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung.

Ein deutliches Lob erhält wieder die wirtschaftspolitische Ausrichtung in der Bundesrepublik Deutschland. Hervorgehoben wird vor allem die Beharrlichkeit in der Finanzpolitik. Begrüßt wird die für die nächste Legislaturperiode avisierte Steuerreform, die möglichst rasch in Kraft gesetzt werden soll.

Alles in allem findet der Kurs der Bundesregierung wiederum eine eindrucksvolle Bestätigung, die sich am deutlichsten in den „Schlußfolgerungen“ der OECD niederschlägt: „Der Ausblick für die deutsche Wirtschaft ist günstig. Das Risiko für den Rückfall in die Inflation erscheint gering, die Realeinkommen steigen wieder und die Arbeitslosigkeit beginnt zu fallen.“

Johannes, der Schweiger

Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, nutzt die Ferienzeit nicht zu politischen Grundsatzarbeiten, nicht zur konkreten Festlegung seiner Partei in wichtigen außen- und innenpolitischen Fragen, nicht zur politischen Einigung einer in sich zerstrittenen sozialdemokratischen Partei. Statt dessen tingelt er durch die Lande, sich und seine Familie mediengerecht vermarktend, mal mit der Lederhose und mal mit Matrosenkäppchen. Johannes Rau — wie meistens: politisch unverbindlich.

Das ist ja auch viel einfacher als politisch zu führen. Nur mit freundlicher Unverbindlichkeit ist jedoch die Bundesrepublik Deutschland nicht zu regieren. Es ist typisch: Der Kandidat schweigt zum Beispiel zur Asylantenflut, die die Bundesrepublik Deutschland überschwemmt. Er schweigt zu der Ankündigung seines Wirtschaftsministers, in Kalkar eine Investitionsruine in Milliarden-Mark-Höhe entstehen zu lassen. Er schweigt zu konkreten finanz- und sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung. Er schweigt auch zu dem neuerlichen Koalitionsangebot der Grünen in Baden-Württemberg an die SPD.

Die Taktik von Rau durch Schweigen, Ausklammern, Beschönigen und sich Vorbeidrücken an konkreten politischen Antworten wird scheitern. Seiner These von der anzustrebenden absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl ist bereits der Boden entzogen. Rau wird in der SPD niemanden finden — nicht einmal in der eigenen Bundestagsfraktion — der daran glaubt. Die Mehrheit der SPD setzt längst auf das rot-grüne Bündnis. Rau ist bereits heute unglaubwürdig. Er hat gegen eine außenpolitisch, wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch erfolgreiche Bundesregierung keine Chance, stellt Rudolf Seiters, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Konferenz über Asylanten nach der Sommerpause

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt kein ausreichendes Instrumentarium zur angemessenen Bewältigung größerer Zugänge an Asylbewerbern, erklärte Bundesinnenminister Zimmermann nach der Kabinettssitzung am Mittwoch, 23. 7. 86, in Bonn. Zimmermann kündigte an, daß der Bundeskanzler nach der Sommerpause die Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie die Ministerpräsidenten einladen werde, um mit ihnen mögliche Maßnahmen zur Eindämmung der Asylantenflut zu erörtern. Dieser Runde soll dann ein vom Bundesinnenminister ausgearbeiteter Maßnahmenkatalog vorgelegt werden. Friedrich Zimmermann: „Die Entscheidungsträger müssen sich dann erklären, ob sie sich für gesetzliche oder verfassungsändernde Maßnahmen aussprechen!“

Der Sprecher der Bundesregierung,

Staatssekretär Ost, erklärte zum gleichen Thema: Einer Aufforderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden an die Bundesregierung, gegenüber der DDR wegen des Asylantenproblems vorstellig zu werden, bedurfte es nicht. Die Bundesregierung hat dies bereits seit vielen Monaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Nachdruck getan. Der Bundeskanzler selbst hat unsere Auffassung im April 1986 gegenüber Dr. Mittag dargelegt. Auch danach hat die Bundesregierung alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um zu einer befriedigenden Regelung dieses die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland belastenden Problems zu kommen. Zuletzt hat Bundesaußenminister Genscher die Angelegenheit in Moskau angesprochen. Auch die westlichen Alliierten sind damit befaßt.

Wallmann: Jochimsen will sich profilieren

Zu den Äußerungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Jochimsen zum Genehmigungsverfahren für den Schnellen Brüter in Kalkar erklärt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann: Während Minister Jochimsen zuerst noch den Eindruck erweckt hat, die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen habe eine endgültige Entscheidung im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für den SNR 300 getroffen, mußte er 24 Stunden später einräumen, daß dieser Eindruck nicht den Tatsachen entspricht.

Damit ist offenkundig, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen das Genehmigungsverfahren für den SNR 300 zu vordergründigen politischen Profilierungsversuchen mißbraucht. Diese unsachliche Handhabung des Genehmigungsverfahrens trägt nicht zur notwendigen Klarheit und Verlässlichkeit in den Fragen der Kernenergienutzung bei. Wahrhaftigkeit und Eindeutigkeit aber sollten — auch für die SPD — nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl mehr denn je oberstes Gebot sein.

Entlassung Kleiners verschärft Schulkampf in Nordrhein-Westfalen

Die Entlassung von Ulrich Kleiner, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Kultusministerium, durch Ministerpräsident Rau hat, da sie vom SPD-Kandidaten ausgesprochen wurde, Signalwirkung für die zukünftige Schulpolitik der SPD, erklärte Anton Pfeifer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

Der SPD-Kandidat hat mit der Entlassung denjenigen eine Absage erteilt, die die für die Schulpolitik wichtigen Schaltstellen im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen mit hochqualifizierten und loyalen Beamten besetzen wollten. Zugleich wird damit den schulpolitischen Ideologen in der SPD Auftrieb gegeben, die systematisch den Bruch von Gemeinsamkeiten in der Kultusministerkonferenz betreiben und deren Politik darauf abzielt, leistungsfähige Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien zu zerstören und durch fragwürdige Gesamtschulen zu ersetzen.

SPD-Kandidat Rau muß sich über die Konsequenzen im klaren sein: Während sich in CDU/CSU-geführten Bundesländern in der Schulpolitik alle Anstrengungen auf eine bestmögliche Ausbildung und Qualifizierung der jungen Menschen richten, wird in SPD-geführten Ländern die Schulpolitik mehr und mehr von Schulkämpfen geprägt, die sich dort nachteilig auf die Zukunftschancen der jungen Generation auswirken.

Hohe Auszeichnung für Dr. Heinrich Barth

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat auf Anregung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth (Bonn) verliehen. Durch diese hohe Auszeichnung sollen die Verdienste von Dr. Barth um die parteiinterne Schiedsgerichtsbarkeit der CDU, um die Konrad-Adenauer-Stiftung (Sankt Augustin) und um die Hermann-Ehlers-Stiftung (Kiel) gewürdigt werden.

Heinrich Barth ist seit 1964 ständiger Vorsitzender des Bundesparteigerichts der CDU, dem er seit dessen Errichtung

am 27. April 1960 ununterbrochen angehört. Vom 1. Januar 1970 bis 31. Dezember 1980 war er als Mitbegründer und Leiter des „Instituts für Begabtenförderung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. tätig. Seit Gründung der Hermann-Ehlers-Stiftung im Jahre 1967 ist er ehrenamtlicher Vorsitzender des Kuratoriums.

Professor Carstens Vorsitzender des Rates der Älteren

Bundespräsident a.D. Karl Carstens ist zum Vorsitzenden des Rates der Älteren in der Union gewählt worden und damit Nachfolger des verstorbenen Eugen Gerstenmaier. Bundeskanzler Helmut Kohl übermittelte seine Glückwünsche und lud den Altbundespräsidenten zur regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstandes ein.

Privatsender für Wahlwerbung während des Bundestagswahlkampfes

Mit Zustimmung hat die CDU zur Kenntnis genommen, daß Radio Luxemburg in seinen deutschen Programmen den Par-

teien vor der nächsten Bundestagswahl Sendezeit für Wahlwerbung zur Verfügung stellen will, erklärte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski: Die CDU wertet dies als Beweis dafür, daß auch die privaten Anbieter von Rundfunk und Fernsehen die Rolle würdigen, die das Grundgesetz den Parteien bei der politischen Willensbildung und bei der Vorbereitung der Parlamentswahlen zumißt.

Mehr schadstoffarme Autos

Deutlich erhöht hat sich im 1. Halbjahr 1986 die Nachfrage nach schadstoffarmen Autos. Der Anteil der Katalysatorfahrzeuge an der für das Inland bestimmten Produktion beträgt mittlerweile 37 Prozent, gegenüber fünf Prozent im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Großhandelspreise sinken weiter

Die Großhandelspreise sind auch im Juni weiter gesunken. Sie lagen um 7,9 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete. Im Mai und April waren die Preise im Großhandel jeweils 7,7 und 7,1 Prozent niedriger als vor Jahresfrist.

Mittelstand: Mehr Informationen auf europäischer Ebene

Mit einem Fünftel der Kosten im Verhältnis zu denen der Großindustrie schafft der Mittelstand Arbeitsplätze. Dies ist das Ergebnis eines Vergleichs der Aufwendungen in Mittelstand und Großindustrie in Flandern, wie der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Gerhard Zeitel, in Brüssel erfuhr. Während mit rund 15 Mio. DM im Mittelstand 16 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, richtete die Großindustrie mit rund 45 Mio. DM lediglich 9 000 neue Arbeitsplätze ein. Ziel des Informationsbesuchs war eine Intensivierung der

europäischen Zusammenarbeit des Mittelstandes. Der Mittelstand in Europa hat durch die Süderweiterung eine weitere Stärkung erfahren. Die EG-Kommission hat dem mit der Einsetzung eines Kommissars für Mittelstandsfragen Rechnung getragen. Gerhard Zeitel legt besonderes Gewicht auf die Bereitstellung fundierter Daten und ausreichender Informationen, die bisher noch nicht zur Verfügung stehen. Solche Daten und Informationen sind aber notwendige Grundlagen für gezielte mittelstandspolitische Aktivitäten der EG.

Zur Sache:

Die ersten sechs Monate 1986 zeigen: Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt ist da!

Unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik zahlt sich auch auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Zahlen von Januar bis Juni 1986 zeigen:

- Die Arbeitslosigkeit hat um über 500.000 abgenommen.
- Die Kurzarbeit ging um rund 150.000 zurück.
- Die Zahl der offenen Stellen ist auf über 170.000 gestiegen.
- Allein in diesem Jahr werden etwa 300.000 Menschen neue Arbeitsplätze finden.

Das sagen auch Wirtschaftsverbände und Forschungsinstitute: *Der Aufschwung läuft.*

Bundesverband deutscher Banken im Juni 1986: *„Konjunktur nimmt wieder Fahrt auf: nachdem die Beschäftigung bereits seit 1984 zunimmt, ist jetzt auch der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten.“*

Prognos AG, Basel im Juni 1986: *„Die Verbesserung der Wirtschaftslage wird zunehmend auch am Arbeitsmarkt sichtbar. Der Arbeitskräftebedarf nimmt mittlerweile*

stärker zu als die Zahl der Stellensuchenden. Am Jahresende 1986 werden schätzungsweise 300.000 Personen mehr beschäftigt sein ... als Ende 1985. Mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahre 1987 ist zu rechnen.“

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken im Juni 1986: *„Aufschwung gewinnt an Dynamik: günstige Konsumkonjunktur, zunehmender Optimismus im Einzelhandel, Großhandel und Handwerk, Bauwirtschaft stabilisiert; nahezu inflationsfreies Wirtschaftswachstum; Rückgang der Arbeitslosigkeit.“*

Auch die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft blickt optimistisch in die Zukunft (BfG: Wirtschaftsblätter, Nr. 5/1986):

- „Gute Chancen für einen anhaltenden Investitionsboom.“
- Weiter steigende Beschäftigungszahlen in der Industrie.
- Eine anhaltende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den kommenden Jahren.“
(DGB-Funktionäre sollten die BfG-Wirtschaftsblätter auch einmal lesen!)

**Sichere Arbeitsplätze, steigende Einkommen, stabile Preise.
Vertrauen in die Zukunft –
Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland**

CDU

**sicher
sozial
und frei**

Wesentliche Verbesserungen für Schwerbehinderte beschlossen

Mit dem Ziel, vordringlich den mehr als 120 000 arbeitslosen Schwerbehinderten zu einem neuen Arbeitsplatz zu verhelfen, hat die CDU-geführte Bundesregierung am 20. Juni 1986 in 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes beschlossen.

Das neue Schwerbehindertengesetz enthält folgende wichtige Änderungen:

- Der mißverständliche und einstellungshemmende Begriff: „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ wird durch den Begriff: „Grad der Behinderung“ ersetzt. Der Inhalt des geltenden Schwerbehindertenbegriffs bleibt davon unberührt. Die schon bisher geltenden Grundsätze zur Bewertung und Einstufung werden gesetzlich verankert.
- Die Ausgleichsabgabe, die von Arbeitgebern zu zahlen ist, wenn sie entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung Schwerbehinderte nicht oder nicht in vorgeschriebenem Umfang beschäftigen, wird von 100 DM auf 150 DM pro Monat und nicht besetztem Pflichtplatz erhöht. Diese Anhebung orientiert sich an der seit 1974 eingetretenen Entwicklung der Bruttoeinkommen. Die Arbeitgeber sollen verstärkt veranlaßt werden, Schwerbehinderte im vorgeschriebenen Umfang von sechs Prozent einzustellen und zu beschäftigen.
- Ausbildungsplätze sind bei der Berechnung der Pflichtplätze der zu beschäftigenden Schwerbehinderten nicht mehr mitzuzählen. Dadurch soll die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöht werden. Pflichtplätze sind sechs Prozent der Beschäftigten, so daß ab 16 Arbeitsplätze mindestens ein Schwerbehinderter beschäftigt werden muß. Durch die Neuregelung wird die ausbildungshemmende Vorschrift ausgesetzt, allerdings nur so lange (bis 31.12.1989), wie geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsstellenmarkt drängen.
- Die Hilfen für schwerbehinderte Auszubildende werden verstärkt. Ein schwerbehinderter Auszubildender soll in der Regel für zwei Pflichtplätze angerechnet werden. Auch diese Regelung ist befristet bis zum 31.12.1989. Außerdem soll die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte durch zusätzliche finanzielle Hilfen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gefördert werden.
- Der besondere Kündigungsschutz für Schwerbehinderte bleibt erhalten. Um Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, Schwerbehinderte auf einem bestimmten Arbeitsplatz zu erproben, wird er jedoch dem allgemeinen Kündigungsschutz angepaßt; der besondere Kündigungsschutz für Schwerbehinderte soll — wie der allgemeine Kündigungsschutz — nach einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten einsetzen.
- Der Zusatzurlaub für Schwerbehinderte, der seit 1974 sechs Arbeitstage beträgt, wird generell auf eine Arbeitswoche festgesetzt. Er umfaßt also weiterhin sechs Tage bei einer Sechs-Tage-Woche und fünf Tage, wenn die Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche beschränkt ist.
- Die Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter wird durch finanzielle Unterstützung aus der Ausgleichsabgabe gefördert. Das, was bisher in vier Sonderprogrammen geregelt wurde, wird jetzt zu einer gesetzlichen Dauerregelung.
- Vorrangig werden aus der Ausgleichs-

Politik des Neides

Zu Behauptungen von sozialdemokratischen Politikern, der „Wendeerfolg“ benachteiligte Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner, Schüler und Studenten, erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens (Emstek): Es ist unverfroren wie die Genossen mit Zahlen manipulieren.

Richtig ist: Der Konsolidierungserfolg der Bundesregierung ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns beträgt

abgabe solche Gruppen von Schwerbehinderten gefördert, die infolge ihrer Behinderung besondere Schwierigkeiten auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt haben.

● Die rechtliche Stellung des Vertrauensmannes oder der Vertrauensfrau für Schwerbehinderte wird gestärkt. Der Vertrauensmann bzw. die Vertrauensfrau erhält das Recht, bei der Überprüfung, ob freigewordene Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzt werden können, mitzusprechen. Der Vertrauensmann bzw. die Vertrauensfrau kann damit in besonderer Weise dazu beitragen, daß arbeitslosen Schwerbehinderten ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten wird.

12,4 Mrd. DM. Darauf sind wir stolz, denn solide Staatsfinanzen waren Voraussetzung für den stetigen Aufschwung, den wir seit der Wende im Herbst 1982 miterleben. Ein Zusammenhang, den die SPD wohl nie begreifen wird.

Richtig ist: Einschnitte — auch im sozialen Bereich — waren notwendig, ohne jedoch das soziale System insgesamt in Frage zu stellen.

Falsch sind dagegen die Berechnungen der SPD: Für Verbesserungen der finanziellen Lage der Familien mit Kindern werden in 1986 durch die erste Stufe der Steuerreform 7,8 Mrd. DM zusätzlich aufgewandt, dies **verschweigt die SPD**.

Das Mutterschaftsurlaubsgeld wurde durch das Bundeserziehungsgeld ersetzt; die Mehrausgaben in 1986 betragen 1,6 Mrd. DM, dies **verschweigt die SPD**.

Die Bundesanstalt für Arbeit macht wieder Überschüsse, weil mehr Beitragszahler vorhanden sind, dies **verschweigt die SPD**.

Die Kriegsoffer wurden ausdrücklich von allen Kürzungsmaßnahmen ausgeschlossen, dies **verschweigt die SPD**.

Fazit:

Die Bevölkerung spürt die Fakten unserer erfolgreichen Politik am Monatsersten im Geldbeutel, täglich beim Einkaufen.

Halbjahresabonnement des UiD als schnelle Wahlkampfinformation

Für die Wahlkampfzeit gibt es nun ein Sonderabonnement des UiD. Damit sollen weitere Wahlhelfer, über den Kreis der kostenlosen Wahlkampfbezieher hinaus, die Möglichkeit erhalten, während des Wahlkampfes den UiD zu bekommen. Viele Parteifreunde sind sicher bereit, für diese aktuelle Wahlkampfinformation 24,— DM zu bezahlen.

Bestellungen sind zu richten an die
Union Betriebs-GmbH, Postfach 2449, 5300 Bonn 1

Bundesverfassungsgericht bestätigt Neuordnung der Parteienfinanzierung

Aufgrund einer Organklage der Bundespartei „DIE GRÜNEN“ und einer Verfassungsbeschwerde eines einzelnen Bürgers mußte das Bundesverfassungsgericht die Neuordnung der Parteienfinanzierung durch das Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. Dezember 1983 überprüfen.

Das seinerzeitige Gesamtkonzept enthielt bekanntlich insbesondere folgende Elemente:

- Die Parteien müssen sich, um nicht vom Staat abhängig zu werden, mindestens zu 50 % aus Eigeneinnahmen, insbesondere aus Beiträgen und Spenden, finanzieren. Wahlkampfkostenerstattungen dürfen innerhalb eines Zeitraums von 4 Kalenderjahren nicht höher als diese Eigeneinnahmen sein und müssen ggfs. anteilig im Verrechnungswege zurückgezahlt werden.

- Spenden über 20 000 DM müssen gesetzlich zwingend öffentlich nach Betrag und Spender ausgewiesen werden, und nur dann können sie steuerlich berücksichtigt werden.

- Kleinere Beiträge und Spenden (Ledige bis 1 200 DM, Ehegatten zusammen bis 2 400 DM je Kalenderjahr) können zu 50 % von der Steuerschuld abgezogen werden. Beiträge und Spenden, die diese Beträge übersteigen, sind wie Beiträge und Spenden an gemeinnützige Institutionen steuerlich abzugsfähig.

- Auch juristische Personen und Verbände können Zuwendungen an politische Parteien machen.

- Anders als früher müssen die Parteien seit 1. Januar 1984 umfassend auch über

ihre Ausgaben, über ihr Vermögen sowie über Wahlkampfkostenerstattungen und Wahlkampf-Aufwendungen in einem öffentlichen Bericht Rechenschaft ablegen.

- Ferner wird nach einem besonderen Berechnungsverfahren die steuerliche Vergünstigung, die den Parteien über Beiträge und Spenden zugute kommt, unter den Parteien ausgeglichen (sog. Chancenausgleich).

Dieses im Gesetzgebungsverfahren 1983 gemeinsam von CDU/CSU, FDP und SPD insgesamt getragene, in sich geschlossene, differenzierte Konzept wurde vom Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts durch Urteil vom 14. Juli 1986 als verfassungskonform gebilligt. Nur die steuerliche Berücksichtigung von Zuwendungen über 100 000 DM je Steuerpflichtigem und Kalenderjahr wurde als nicht mit dem Grundgesetz für vereinbar erklärt. Während bisher Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke (Beiträge und Spenden an politische Parteien) in unbegrenzter Höhe gegenüber dem Finanzamt geltend gemacht werden konnten, sofern sie 5 Prozent vom Einkommen oder 2 Promille der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter nicht überstiegen, hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber den Auftrag erteilt, hier eine Obergrenze für die steuerliche Berücksichtigung einzuführen und die Regelung nach Prozent- und Promillesätzen abzuschaffen.

Für die Übergangszeit bis zur Beseitigung der beiden festgestellten steuerrechtlichen Verfassungsverstöße durch den Gesetzgeber hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 14. Juli 1986 eine

Übergangsregelung dahingehend getroffen, daß § 10 b Einkommensteuergesetz und § 9 Nr. 3 Körperschaftsteuergesetz im Wege vorläufiger Steuerfestsetzung (§ 165 Abgabenordnung) mit der Maßgabe anzuwenden sind, daß Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke für den Steuerpflichtigen — unter Wegfall der Begrenzungen auf die bisher vorgesehenen Vohundertsätze — bis zu einem Höchstbetrag von 100 000 DM jährlich abzugsfähig sind. Für die Zeit zwischen dem 1. Januar 1984 und dem 14. Juli 1986 wird nach entsprechender Anordnung des Bundesverfassungsgerichts im Urteil die Finanzverwaltung unter Berücksichtigung des Rechtsgrundsatzes des Vertrauensschutzes zu prüfen haben, ob den Steuerpflichtigen, die im Vertrauen auf die uneingeschränkte Gültigkeit des § 10 b EStG und des § 9 Nr. 3 KStG in der Fassung des Änderungsgesetzes Spenden an politische Parteien geleistet haben, der in diesen Vorschriften vorgesehene Steuervorteil gewährt werden kann.

Mit dieser Entscheidung, durch welche die Organklage der GRÜNEN in allen Punkten abgewiesen und nur der Verfassungsbeschwerde teilweise stattgegeben wurde, hat das Bundesverfassungsgericht den verfassungsmäßigen, gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben der politischen Parteien und deren tatsächlicher Erfüllung Rechnung getragen und die Parteien in die Lage versetzt, in der politischen Auseinandersetzung auch gegenüber allen anderen Meinungsbildnern unserer Gesellschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat durch weiteres Urteil vom 14. Juli 1986 eine weitere Organklage der Bundespartei „DIE GRÜNEN“ wegen angeblicher „verdeckter Parteienfinanzierung“ der politischen Stiftungen in allen Punkten abgewiesen und festgestellt, daß

die den politischen Parteien nahestehenden „Stiftungen“ ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit, in Eigenverantwortung und in geistiger Offenheit wahrnehmen. Daher sei es zulässig, daß der Gesetzgeber im Haushaltsgesetz 1983 Globalzuschüsse an die politischen Stiftungen vorgesehen habe.

Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Parteiengesetz erklärt der Bundesgeschäftsführer der CDU, Peter Radunski:

Die CDU sieht in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine Bestätigung weiter Passagen des Parteiengesetzes und vor allem des im Grundgesetz verankerten Auftrags an die politischen Parteien, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Soweit das oberste deutsche Gericht in seinem Spruch, den die CDU selbstverständlich respektiert, Konsequenzen für die steuerliche Behandlung fordert und die Festlegung von Obergrenzen bei der Abzugsfähigkeit von Spenden verlangt, erwartet die CDU entsprechende Maßnahmen des Gesetzgebers.

Die politischen Parteien können ihre Aufgaben bei der politischen Willensbildung und auch bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen nur wahrnehmen, wenn sie auch die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung haben. Dieses Prinzip ist auch vom Bundesverfassungsgericht nicht in Zweifel gezogen worden.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist nach Ansicht der CDU nunmehr die seit Jahren andauernde Unsicherheit über die Grundlagen der Finanzierung politischer Parteien zu einem Ende gekommen.

Bundestagswahlen 1987 auch für Deutsche im Ausland

„Anfang 1987 sind Bundestagswahlen erstmals auch für Deutsche im Ausland. Wählen Sie mit!“ Das ist der Titel eines informativen Faltblattes aus dem „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1“.

Etwa 500 000 deutsche Staatsangehörige leben im Ausland. Nach einer Änderung des Bundeswahlgesetzes ist jetzt ein großer Teil von ihnen wahlberechtigt und kann an Bundestagswahlen teilnehmen.

Die überwiegende Mehrheit von ihnen wird unsere Politik bei der nächsten Bundestagswahl unterstützen, meint Bundesgeschäftsführer **Peter Radunski** in einem Brief an die Kreisgeschäftsführer der Partei. Deshalb sollen diese Wähler über ihr Wahlrecht informiert und für die Bundestagswahl mobilisiert werden.

Zunächst müssen sie Informationen über Modalitäten und Voraussetzungen zur Ausübung ihres Wahlrechts erhalten. Deshalb ist es notwendig, daß unsere Parteifreunde und Bürger in den Wahlkreisen über CDU-Mitteilungsblätter, in der lokalen Presse und in persönlichen Gesprächen umfassend über das Wahlrecht der Auslandsdeutschen informieren.

Das Faltblatt des Bundespresseamtes kann bei o. a. Adresse angefordert und bei Veranstaltungen der Partei bereits jetzt verteilt werden.

Anfang September wird von der CDU-Bundesgeschäftsstelle dann ein eigenes Werbemittel zum Wahlrecht der Deutschen im Ausland zur Verfügung gestellt werden.

Staatsminister **Lutz Stavenhagen** erklärte in einer Pressekonferenz in Bonn, auch

das Bundesaußenministerium werde sich bemühen, die rund 500 000 Deutschen im Ausland über ihr Wahlrecht zu informieren. Alle Botschaften und Konsulate sollen eine deutschsprachige Anzeige in überregionalen Tages- und Wochenzeitungen ihres Gastlandes veröffentlichen. Daneben soll in den Dienstgebäuden unserer auswärtigen Vertretungen sowie in deutschen Schulen, in Goethe-Instituten und Handelsmissionen per Aushang auf die Möglichkeit des Wahlrechts aufmerksam gemacht werden.

An Presse, den Rundfunk (Deutschlandfunk, Deutsche Welle) und Fernsehen richtete Stavenhagen die Bitte, umfassend über dieses neue Wahlrecht zu informieren.

Wer kann wählen?

Deutsche, die im Ausland leben, sind zur Teilnahme an den Bundestagswahlen berechtigt, wenn sie

- deutsche Staatsangehörige sind,
- am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gewohnt haben,

Die Mitgliedsstaaten des Europarats:

Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei und Zypern.

Wo leben die meisten Deutschen?

Australien	rund 48 000
Belgien	rund 38 000
Brasilien	rund 18 000
Frankreich	rund 48 000
Großbritannien	rund 31 000
Italien	rund 38 000
Österreich	rund 22 000
Schweiz	rund 41 000
USA	rund 33 000

■ entweder in einem Mitgliedsland des Europarats leben oder in einem anderen Staat leben, sofern am Wahltag seit ihrem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind.

Da die meisten wahlberechtigten Deutschen im Ausland höchstwahrscheinlich per Briefwahl wählen, ist es notwendig, daß die Wahlbriefe rechtzeitig bei der zuständigen Stelle eingehen.

Was müssen Deutsche im Ausland tun, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können?

Wer im Ausland lebt, für keine Wohnung mehr im Bundesgebiet gemeldet ist und bei der Bundestagswahl wählen will, muß sich zunächst in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland eintragen lassen. Dazu ist ein förmlicher schriftlicher Antrag mit einer Versicherung an Eides Statt erforderlich. Die Antragsvordrucke können nach Festlegung des Wahltages angefordert werden:

■ bei den Botschaften und Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland,

■ beim Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, Postfach 55 28, D-6200 Wiesbaden oder

■ beim Oberstadtdirektor der Stadt Bonn, Stadthaus, Berliner Platz 2, D-5300 Bonn 1.

Selbstverständlich können zugleich mehrere Antragsvordrucke — für Familienangehörige, Freunde oder Kollegen — angefordert werden.

Was wird mit dem Antragsformular gemacht?

Jeder Wahlberechtigte muß einen gesonderten Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Den ausgefüllten Antragsvordruck samt Versicherung schickt er rechtzeitig an die Gemeinde, in der er vor seinem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt gemeldet war. Wenn er in Berlin (West) gemeldet war, richtet er den Antrag an den Oberstadtdirektor der Stadt Bonn, Stadthaus, Berliner Platz 2, D-5300 Bonn 1.

Für Seeleute und Binnenschiffer sowie Angehörige ihres Hausstandes gelten besondere Bestimmungen.

Die Antragsvordrucke sollten möglichst bald ausgefüllt und zurückgeschickt werden; sie müssen spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag bei der zuständigen Stelle eingegangen sein.

Weitere Einzelheiten sind in dem Merkblatt, das man mit den Antragsvordrucken erhält, aufgeführt.

Besorgen Sie sich auf jeden Fall eine gewisse Anzahl dieser Faltblätter bei o. a. Adresse! Fragen Sie nach, welcher Ihrer Freunde, Bekannten oder Verwandten Deutsche im Ausland kennt und machen Sie diese auf ihr Wahlrecht aufmerksam.

Auf jede Stimme kommt es an!

Zur Sache:

13. August 1986

25 Jahre Berliner Mauer

Mit dem Bau der Mauer vor 25 Jahren wollte die DDR ihre Bürger vom freien Informations- und Meinungs austausch mit den Bürgern West-Berlins abschneiden. Sie wollte die „Abstimmung mit den Füßen“ – Jahr für Jahr waren Hunderttausende Deutsche aus der DDR in den freien Westen geflüchtet – stoppen. Die DDR-Führung wollte sich durch den Mauerbau die Zustimmung ihrer Bürger zum politischen System der DDR, die sie freiwillig nicht erreichen konnte, erzwingen und die deutsche Teilung festschreiben. Dieses Ziel hat sie nicht erreicht. Der Wille der Deutschen zur Einheit ist ungebrochen. Die Mauer ist dafür der tägliche Beweis. Die Mauer ist ein mahndendes Symbol, daß den Menschen in der DDR grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte verweigert werden.

„Diese Mauer steht den Menschen im Weg. Sie trennt Deutsche von Deutschen, sie verläuft quer durch Familien, Verwandtschaften und Freundschaften, sie reißt Menschen auseinander, die zusammengehören und zueinander kommen wollen. Die Berliner Mauer klagt jene an, die sie gebaut haben und immer noch stehen lassen. Die Bundesregierung wiederholt und bekräftigt: Solange die Berliner Mauer nicht abgerissen ist, kann von Normalität zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht die Rede sein.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl am 14. März 1986 im Deutschen Bundestag.)

CDU

/// sicher
sozial
und frei

13. August 1961 – 13. August 1986:

25 Jahre Mauerbau

Mit dem Bau der Mauer vor 25 Jahren wollte die DDR ihre Bürger von ihrem Volkstum und ihrem Glaubensrecht aus dem Westen West-Berlins abschneiden. Die weitere der Abstammung mit dem Führer – Jahr für Jahr waren Hunderttausende Deutsche aus der DDR in ihre Heimat müssen geblieben – sterben. Die DDR-Führung wollte sich durch den Mauerbau die Zustimmung ihrer Bürger vom kommunistischen System der DDR die sie Freiheit nicht erziehen konnte, erzwingen und die deutsche Teilung festsetzen. Dieses Ziel hat sie nicht erreicht. Die Mauer ist für die Deutschen zur Einheit zu umgewandelt. Die Mauer ist durch den täglichen Mauerbau, der Mauer ist ein notwendiges Symbol, daß das Volk Menschen in der DDR grundgesetzliche Menschen und Freiheitsrechte verweigert werden.

Die Freiheit ist der Kern der Deutschen Frage!

Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar: in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Unsere wichtigste rechtliche und moralische Position bleibt der Anspruch aller Deutschen auf Freiheit und Selbstbestimmung. Die

Einheit der Nation soll und muß sich zuallererst in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen.

Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ 1984.



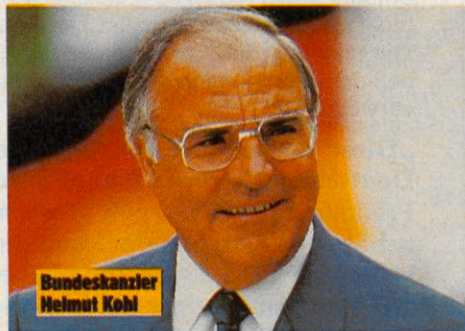
Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

Broschüre: Tagesordnung der Zukunft

Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Die Tagesordnung der Zukunft, Humaner Fortschritt – Sicherer Leben“ am 29./30. Mai 1986 im Reichstag in Berlin.

Diese Rede war bereits als CDU-Dokumentation in UiD 21/1986 zu lesen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 29,50 DM
Bestell-Nr.: 3844



Bundeskanzler
Helmut Kohl

Tagesordnung der Zukunft

Rede auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Die Tagesordnung der Zukunft, Humaner Fortschritt – Sicherer Leben“ am 29./30. Mai 1986 im Reichstag in Berlin.



Max Inzinger: Die beste Diät ist und bleibt die Vorsorge-Diät (letzte Seite)

**CDU
extra**



Walter Wallmann

**Wallmann:
So packe
ich es an**

Seite 2



Gewalttäter in Brokdorf

**Gewalt:
Jetzt
reich't's**

Seite 3

Wir sind auf einem guten Weg in

Deutschland

**Weiter so,
Helmut
Kohl!**



Souveräner Führer einer erfolgreichen Politik: Kanzler Kohl am Kabinetttisch

Mit den Händen zu greifen sind die Erfolge der Regierung Helmut Kohl. Mit Konsequenz und Stetigkeit hat der Bundes-

kanzler nicht nur, so erkennen diese Politik an, die ihnen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand beschert. Und sie schenkt eine rotierende

Jetzt mehr Rente auch für die älteren Frauen

Auch die vor 1921 geborenen Mütter bekommen ihre Erziehungszeiten auf die Rente angerechnet. Bundeskanzler Helmut Kohl hat dafür gesorgt, daß auch die älteren Frauen in den Genuß einer höheren Rente von etwa 25 Mark pro Kind kommen werden. Die Regierungskoalition einigte sich jetzt auf eine Stufenregelung, die mit den Jahrgängen 1906 und früher beginnen wird.

Banken: Stabilität gut für Aufschwung

Die Voraussetzungen für einen weiteren nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung sind nach Meinung des Bundesverbandes Deutscher Banken noch günstiger geworden. Der anhaltende Aufwärtstrend lasse sich vor allem auf die Stabilisierung der Preise, die gesunkenen Zinsen und die gestiegenen Unternehmenserträge zurückführen.

Ab Sommer vier Prozent mehr Bafög

Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten (Bafög) wird ab

Die Presse über den Kanzler

Wir weisen nochmals auf unser aktuelles Verteilmittel hin: CDU extra „Weiter so, Helmut Kohl“. (Siehe auch UiD 21/86!)

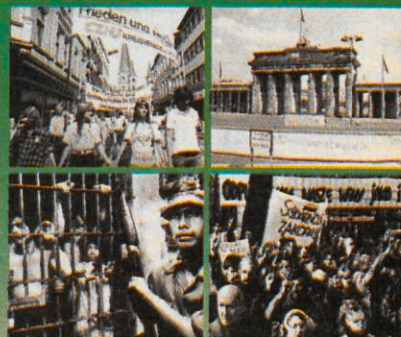
Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestell-Nr.: 2837

**Aktionshandbuch:
„Unser Einsatz für
Menschenrechte in aller Welt“**

Dieses neue Aktionshandbuch enthält neben einem Vorwort von Generalsekretär Heiner Geißler Vorschläge zur Durchführung von Aktionen für Menschenrechte, eine Checkliste zur Planung, Durchführung und Nachbereitung von Aktionen, Materialien der CDU, eine Adressenliste, die den Zugang zu weiteren Materialien ermöglicht, eine Musterrede und, und, und...

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 9,50 DM
Bestell-Nr.: 3753

**Unser Einsatz für
Menschenrechte
in aller Welt**



**CDU-Aktions-
handbuch**

**CDU
sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Das Lied der Deutschen



Die deutsche Nationalhymne

Dieser Prospekt der Bundesgeschäftsstelle eignet sich auch zum Verteilen am 13. August

Einigkeit und Recht und Freiheit

Die deutsche Nationalhymne



Mindestabnahme:
50 Exemplare

Preis pro
Mindestabnahme:
5,50 DM

Bestell-Nr. 2741

Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

22/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.